

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 18/45. Jg.

6. Mai 1932

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich, Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.—Mk.

### Redaktion:

Hans Renner, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-schluß: Montag, Fernruf: B 2, Litzow 5583.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten. **Postverlagort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Renner, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

## PHANTASTEREIEN

Über die Kündigung des Tarifes für das Lithographie- und Steindruckgewerbe durch die Unternehmer haben wir die Kollegen mit wenigen Worten in Kenntnis gesetzt, weil es keinen Zweck hat über etwas lang und breit zu schreiben, das von jedem Kollegen bestimmt erwartet wurde. Das „Steindruckgewerbe“ macht trotzdem über unsere Stellungnahme einen riesigen Laden auf. Es beschwert sich zuerst, daß wir die Steindruckereibesitzer zu den Anhängern der Autarkie zählen, bietet dann seine üblichen Ladenhüter an und meint, daß das Steindruckgewerbe zu den Gewerben zähle, die überhöhte Löhne hätten. Daneben wird noch davon geschrieben, daß das deutsche Preisniveau dem des Weltmarktes angepaßt sein muß — womit bestimmt die deutschen Zollpreise für Getreide, Futtermittel, Eisen- und Stahlerzeugnisse usw. gemeint sind —, was der Arbeitsminister links und rechts geredet hat und daß die Löhne der Staats- und Gemeindearbeiter noch viel zu hoch sind. Das Ganze nennt sich „Zur Tarifkündigung“ und sollte wahrscheinlich der Leitung des Gehilfenverbandes ankündigen, was sich als Folge der unternehmerlichen Tarifkündigung noch alles tun würde.

Und es hat sich auch allerhand getan — freilich nur auf dem Papier, das bekanntlich sehr geduldig ist. Diesem geduldigen Papier haben die Unternehmer am 20. April, dem Tag der Antragseinreichung für die zu führenden Tarifverhandlungen, anscheinend ohne jegliche Beschwerden anvertraut, was es alles von der Gehilfenschaft haben wollen. Und man muß nach Durchsicht dieser Antragsvorlage neidlos zugestehen: kleinlich im Fördern sind die doch sonst sehr kleintlichen Steindruckereibesitzer diesmal wirklich nicht gewesen. Das Papier geht aufs Ganze. Abgesehen von der ganz selbstverständlichen Forderung eines ganz gewaltigen Lohnabbaues — „Zu den Gewerbebezügen, deren Löhne gegenüber dem allgemeinen Lohnstand als überhöht gelten müssen, gehört zweifellos auch unser Gewerbe“ — sagt das „Steindruckgewerbe“ — machen alle anderen Anträge eine weitere größere oder kleinere Lohnbewegung. Es ist deshalb ganz falsch, die wahrscheinlich am 9. und 10. Mai zu führenden Verhandlungen Tarifverhandlungen zu nennen; es muß heißen: Verhandlungen über die von den Unternehmern geplanten Lohnbewegungen.

Prüfe jeder nach, ob unsere Behauptung richtig ist. Anbei die 30 Unternehmeranträge, wie sie dem Verband eingereicht wurden:

### Abänderungsanträge des Schutzverbandes:

#### § 2. Arbeitszeit.

Ziffer 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

Die tägliche Arbeitszeit liegt zwischen 6 Uhr und 20 Uhr.

Der in einer Kalenderwoche an einzelnen Werktagen für den Betrieb, einer Betriebs-

abteilung oder eine einzelne Person eintretende Ausfall von Arbeitsstunden kann durch Mehrarbeit an den übrigen Werktagen der gleichen oder der folgenden Kalenderwoche ausgeglichen werden, ohne daß hierfür ein besonderer Zuschlag bezahlt wird.

Ziffer 2 erhält folgende Fassung:

Die Extraentschädigung für Schichtarbeit in Betrieben mit ständigen oder gelegentlichen mehreren Arbeitsschichten beträgt außerhalb der in Ziffer 1 liegenden Zeit für die zweite Schicht 10 Proz. und für die dritte Schicht 25 Proz.

Die Protokollnotiz zu § 2 Ziffer 2 fällt weg.

Ziffer 4 erhält folgende Fassung:

Bei Arbeitsmangel kann Kurzarbeit mit eintägiger Frist nach Anhörung der Betriebsvertretung angeordnet werden.

Bei bestehender Kurzarbeit kann innerhalb der 48-Stundenwoche eine vorübergehende Veränderung der Arbeitszeit mit eintägiger Frist angeordnet werden.

Über die 48stündige Arbeitswoche hinausgehende Arbeitsstunden sind mit Überstundenzuschlag zu bezahlen.

#### § 3. Mindestlohn.

Ziffer 3. Die Druckorte Leipzig, Frankfurt a. M., München werden in Ortsklasse 4 eingereiht.

Die Druckorte Aachen, Groß-Steinheim, Hanau, Klein-Auheim und Klein-Steinheim werden in Ortsklasse 3, Wetzlar in die Ortsklasse 1 eingereiht.

Ziffer 4 u. 4b. Der Mindestlohn für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahr sowie die übrigen tatsächlich gezahlten Löhne werden um 15 Proz. gesenkt.

#### § 4. Überstunden.

Ziffer 1 erhält folgenden Zusatz:

Als Überstunden gelten diejenigen Arbeitsstunden, die über die 48-Stundenwoche hinausgehen.

In Ziffer 2 ist in der zweitletzten Zeile statt: „im Einvernehmen mit dem Betriebsrat“ zu setzen:

„nach Anhörung des Betriebsrats“.

Ziffer 4 erhält folgende Fassung:

Der Zuschlag für Überstunden beträgt an Wochentagen 15 Proz.; Sonn- und Feiertagsarbeit wird mit 50 Proz. Zuschlag zum 48. Teil des Wochenlohnes bezahlt.

Ziffer 5 erhält folgende Fassung:

Überstunden dürfen nicht in die Mittagspause verlegt werden. Ist in Ausnahmefällen eine plötzliche Verschiebung der Mittagspause von mehr als einer Stunde notwendig, so ist außer dem in Ziffer 4 festgesetzten Zuschlag noch eine Extraentschädigung von 10 Proz. des Stundenlohnes für jede Person zu zahlen.

#### § 5. Lehrlingswesen.

Ziffer 4 erhält folgende Fassung:

Dem Lehrling ist während der Dauer der Lehrzeit der zum Besuch der Fortbildungsschule nötige Urlaub nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen unter entsprechender Kürzung des Wochengeldes zu gewähren.

Die Protokollnotiz zu § 5 Ziffer 6-9 wird gestrichen.

Neue Protokollnotiz zu Ziffer 12:

Die infolge Stilllegung, Konkurs etc. oder Betriebsauflösung frei werdenden Lehrlinge sollen wieder von den beiderseitigen Kreisvertretern auf andere geeignete Firmen verteilt werden, und zwar ohne Anrechnung auf die tarifmäßige Lehrlingszahl. Können sich die Kreisvertreter nicht verständigen, so hat das Tarifamt endgültig zu entscheiden.

Ziffer 16. Die Wochengeldsätze der Lehrlinge betragen:

im 1. Lehrjahr . . .	4.— Mk.
im 2. Lehrjahr . . .	6.— Mk.
im 3. Lehrjahr . . .	8.— Mk.
im 4. Lehrjahr . . .	10.— Mk.

Ziffer 17 erhält folgende Fassung:

Den Lehrlingen sind in jedem Lehrjahre drei Arbeitstage Ferien zu gewähren.

Ziffer 18 erhält folgende neue Bestimmung:

Der Arbeitgeber kann bei Kurzarbeit das Wochengeld der Lehrlinge entsprechend der Kurzarbeit herabsetzen.

Ziffer 19 wird gestrichen.

#### § 6. Feiertage

sowie die Protokollnotiz hierzu werden gestrichen.

#### § 7. Ferien.

Ziffer 1 erhält folgenden Wortlaut:

Allen Gehilfen sind unter Fortzahlung des Lohnes bei einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer in der gleichen Firma von mindestens

1 Jahr	3 Arbeitstage Ferien
3 Jahren	4 Arbeitstage Ferien
6 Jahren	5 Arbeitstage Ferien
10 Jahren	6 Arbeitstage Ferien

zu gewähren.

Ziffer 1. Der 2. Satz erhält folgende Fassung:

Gehilfen, die in ihrer Lehrfirma geblieben sind, erhalten im ersten Gehilfenjahr nach dreimonatlicher Beschäftigung 3 Tage Ferien.

Ziffer 1 erhält folgenden Zusatz:

Die Berechnung der zurückgelegten Beschäftigungsdauer erfolgt in der Form, daß der Eintrittstag des Gehilfen in die zur Urlaubsgewährung verpflichtete Firma als Stichtag gilt.

Ziffer 2 wird gestrichen.

Ziffer 7 wird gestrichen.

Ziffer 8 1. Satz erhält folgenden Wortlaut:

Wird ein Gehilfe, der Anspruch auf Ferien hat entlassen, so müssen ihm die Ferien während der Kündigungszeit gewährt oder der entsprechende Lohn gezahlt werden, sofern der Anspruch bei Beginn der Kündigungsfrist geltend gemacht wird, damit der Urlaub noch während der Kündigungsfrist erteilt werden kann.

#### § 8. Entschädigung bei Bronzedruck.

Wird gestrichen.

#### § 10. Lohnzahlung und Kündigung.

Ziffer 2. Die Worte „mit 14tägiger Frist“ werden abgeändert in „mit einwöchiger Frist“.

Ziffer 5. In Zeile 3 ist statt „5 Stunden“ zu setzen „2 Stunden“.

Ziffer 6 erhält folgenden Wortlaut:

Probe- und Aushilfsarbeit darf die Dauer von 30 Tagen nicht überschreiten. Nach dieser Zeit tritt die einwöchige Kündigungsfrist in Kraft.

Bei Einstellung von Gehilfen zur Erledigung bestimmter Arbeiten kann diese Zeit bis auf sechs Wochen mit täglicher Kündigungsfrist ausgedehnt werden.

Für Krankenaushilfe eingestellte Gehilfen können mit täglicher Kündigung entlassen werden.

#### § 17. Kreisschiedsgerichte.

Ziffer 1. Es soll eine Regelung dahingehend gefunden werden, daß der unterliegende Teil die Kosten trägt, wobei die Vertragskontrahenten für ihre Mitglieder haften. (Auch anzuwenden für das Reichsschiedsgericht.)

Ziffer 3 erhält folgenden Wortlaut:

Vor Anrufung der Schiedsgerichte ist unverzüglich eine gütliche Einigung durch die Orts- und Kreisvertreter zu versuchen.

Protestiert nicht wegen Abdrucks der Unternehmeranträge im Verbandsorgan mit der Begründung größlicher Platzverschwendung, denn es ist notwendig, jeden Kollegen über die umgehenden Tarifphantastereien ins Bild zu setzen. Hört lieber: 15 Proz. Lohnabzug, Senkung der Überstundenzuschläge auf die Hälfte, Senkung der Wochengeldsätze der Lehrlinge um 50 Proz. — drei Tage Ferien für Lehrlinge, Feiertage werden nicht mehr bezahlt, Ferienanspruch von 3 bis 6 Tagen, Kündigung eine Woche, abgesehen von den anderen ebenfalls unerhörten Zumutungen.

Wie wir weiter hören, sollen die Unternehmer von der Ansicht geplagt sein, die Tarifausschußmitglieder des Unternehmerslagers nicht alle zu den Verhandlungen zu berufen. Das ist auch vernünftig. Denn die vom Schutzverband eingereichten Anträge sind ja schließlich auch gar nicht zu begründen, weil ihnen selbst der Schein einer Berechtigung fehlt. Und die mit Einreichung der Anträge bewußt betriebene Tarifzürerei kann auch von einem Redner klar und verständlich für alle Gewerbeangehörigen vorgetragen werden. Denn daß bei der Gehilfenschaft trotz allergrößter Arbeitslosigkeit und sonstiger Schwierigkeiten auch nur einen Augenblick Neigung bestünde, solchen Tarifphantastereien Raum zu geben, kann doch von den Steindruckereibesitzern ernstlich gar nicht angenommen werden. Anders wären sie wirklich von Gott und allen guten Geistern verlassen. Aber das sind sie trotz aller ihrer Phantastereien nicht. Sie machen einen untauglichen Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt. Diese Verirrung ist im Interesse des Gewerbes bedauerlich, zumal daraus noch erhellt, daß die bis jetzt an den Tag gelegte wirtschaftlich-gewerbliche Verantwortung des Verbandes ein eigenartiges Urteil erfährt. Es muß anscheinend auch bei uns gelten was der Vorsitzende des ADGB., Th. Leipart, kürzlich sagte: „Die Gewerkschaften müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer kühlen Mäßigung aufgeben“. Sind auch die Anträge des Schutzverbandes ganz offensichtlich für seine Galerie bestimmt, könnten sie doch leicht als Gehilfenprovokation wirken. Dem muß vorgebeugt werden im Interesse des Gewerbes. Denn daß die Gehilfen auch nur einen annähernd ähnlichen Tarif, wie es die Unternehmeranträge wollen, annehmen, glaubt doch kein Frosch. Deshalb wäre es besser gewesen, wenn solche Tarifphantastereien als Zierde dem literarischen Nachlaß des Schutzverbandes verblieben wären. Mehr sei zu den Unternehmeranträgen vorläufig nicht gesagt.

## Autarkie

Der Faschismus schwarzweißbroten Couleurs tritt für Selbstgenügsamkeit des deutschen Volkes ein; es soll in Zukunft nur verbrauchen, was es selbst erzeugen kann und sich abschließen von der Welt. In Deutschland dürfen nur deutsche Erzeugnisse gekauft werden, dann werden die deutschen Arbeiter mehr Arbeit finden und die Arbeitslosigkeit wäre behoben. So, sagen die Faschisten, würde ihre Wirtschaftspolitik aussehen, wenn sie an die Macht kämen. Und es gibt nichts beschämenderes für große Volksteile in Deutschland, als den Glauben an diesen Unsinn. Blutigster Dilettantismus wie überall — ausgenommen in der Beherrschung der Phrase und der Lüge — ist auch hier das Kennzeichen der Nazis.

Wie leicht und schnell vergessen doch die Menschen. Der Krieg 1914—1918 schloß Deutschland fast vollständig vom Weltmarkt ab. Nur mit einigen europäischen neutralen Ländern konnte noch ein viel zu geringer Warenaustausch erfolgen. Eine der gewaltigsten Waffen der Gegner war die Blockade, die das deutsche Volk mit Ausnahme der Selbstversorger und der Besitzenden zum Hungern und Verhungern verurteilte. Entsinnen wir uns doch, welche Empörung es bei uns und auch zum Teil im Ausland entfachte, weil die Blockade nach Beendigung des Krieges noch aufrecht erhalten wurde und welche Freude es auslöste, als die ersten Schiffe amerikanischen Speck nach Deutschland brachten, der scheußlich

schmeckte und doch von den ausgehungerten Menschen mit Wohlbehagen verzehrt wurde. Und entsinnen wir uns doch, daß Wäsche und Kleidung bereits aus Papier angefertigt wurden und wie teuer dieser Dreck war, der trotzdem gekauft werden mußte, um nicht nackt gehen zu müssen und zu erfrieren. Autarkie bedeutet Wiederkehr dieser Zeiten. Wirklich, eine Weile der Lächerlichkeit müßte diese Scharlatane von der Bühne der Politik und Wirtschaft vertreiben, wenn, ja wenn politisches und wirtschaftliches Denken Allgemeingut des deutschen Volkes wäre. Vergessen wir aber auch nicht, daß Kriege heute ausschließlich um mehr Welthandel geführt werden. Mögen auch die äußeren Gründe anders lauten, so dienen sie ebenso ausschließlich zur Vernebelung der Gehirne. Der Krieg, den jetzt Japan gegen China führt, geht um Besitz und Absatz von Waren. Unter anderem soll damit der Boykott, den die Chinesen gegen die japanischen Waren führen, gebrochen werden. Aber sieht es denn in der übrigen Welt anders aus? Was bedeutet es denn, wenn die Parole: Nur eigene Erzeugnisse zu kaufen, sowohl in England, Frankreich, Deutschland, Tschechien, Italien wie in Amerika, Indien und Australien aufgestellt und durchgeführt wird. Das ist deutlichste Aufforderung zum Boykott, Rückfall in die Barbarei und die Keimzellen zukünftiger Kriege, die nicht lange auf sich warten lassen, wenn nicht vorher die Vernunft wiederkehrt.

Zollmauern, Einfuhrsperrn oder Kontingentierung, Devisenausfuhrsperrn oder Beschränkung in der Zuteilung, ununterbrochene, sich ständig ausdehnende und verschärfende Handelskriege, dieser Kampf aller gegen alle ist die wirtschaftliche Weisheit der kapitalistischen Welt.

Stimmen der Vernunft. Bereits hören wir sie bei uns, nachdem genügend Unheil angerichtet worden ist. Die schwindenden Ein- und Ausfuhrziffern sind es in diesem Falle, die wie Keulenschläge wirken.

Im Jahre 1931 betrug die Einfuhr nach Deutschland noch 6727 Mill. RM. gegenüber 13446,8 Mill. Reichsmark im Jahre 1929 und die Ausfuhr fiel von 13482,7 Mill. RM. auf 9598,6 Mill. RM. im gleichen Zeitraum. Diese schwindenden Ziffern halten Schritt mit der Verschärfung der Krise und der Erhöhung der Arbeitslosenziffer. Für das Jahr 1932 beobachten wir, daß von Monat zu Monat die Ein- und Ausfuhrziffern weiter sinken. Besonders die gewaltig zurückgegangene Einfuhr läßt wenig Hoffnung aufkommen auf eine baldige Besserung der Wirtschaftslage in Deutschland, denn besonders die Einfuhr in Rohstoffen läßt sehr zu wünschen übrig. Es bleibt ein Geheimnis der naziotischen Wirtschaftler, woher sie bei der von ihnen propagierten Selbstgenügsamkeit die Rohstoffe nehmen würden, um die deutschen Fabriken zu beschäftigen und das deutsche Volk zu kleiden und zu ernähren.

Im Reichsverband der Deutschen Industrie bestehen scharfe Gegensätze zwischen dem schwerindustriellen Flügel und der Verarbeitungsindustrie, besonders jener, die auf Ausfuhr angewiesen ist. Die Schwerindustrie will zur Stärkung ihres Inlandsmonopols die Absperrung Deutschlands von der Einfuhr. Zu ihr gesellen sich noch die Großagrarien, beide liebäugeln mit dem Gedanken der Autarkie und finanzieren deshalb die Nationalsozialisten. Die Ausfuhrindustrie erkennt deutlich die Gefahren, da die Drosselung der Einfuhr notwendigerweise die Drosselung der Ausfuhr zur Folge haben muß. Deshalb ist es z. B. sehr verständlich, wenn der Vorsitzende des Verbandes Sächsischer Industrieller im März auf einer Tagung dieses Verbandes die Autarkie als ein Ideal hinstellt, demzufolge man sich von einheimischen Regenwürmern und Eicheln ernähren soll und ebenso verständlich ist es, wenn der Wirtschaftsredakteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreibt:

„Weder mit Autarkie, die überall schließlich ... auf die Anshungerung der einheimischen Verbraucherschaft hinausläuft, noch mit handelspolitischen Eselsbrücken wird man die Weltkrise zu bannen vermögen. Es bleibt nur eins übrig. Ein Akt internationaler Verständigung ...“

Diese Ausführungen sind deshalb besonders verständlich, weil Sachsen das Land der Verarbeitungsindustrie ist und infolge der genialen Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning, die die Schwerindustrie und Großlandwirtschaft bevorzugt behandelt, die meisten Konkurse, Stilllegungen und die größte Arbeitslosigkeit aufweist. Die geplanten Kuren der Nazioten würden die deutsche Wirtschaft im Handumdrehen vollständig ruinieren.

Die Deflationspolitik der Regierung Brüning mit ihren ungeheuerlichen Kürzungen der Löhne und Gehälter liegt auch auf der Linie der Autarkie. Allerdings wurden die Forderungen nach der Lohn- und Gehaltskürzung nicht nur von der Schwerindustrie, sondern vom ganzen Unternehmertum Deutschlands, einschließlich der kleinen Handwerker und des Handels erhoben. Der Preisabbau sollte die durch den Lohnabbau verlorene

Kaufkraft wieder herstellen. Wir haben in der Zwischenzeit die Erfahrung gemacht, daß diese Absicht Brünnings oder der Regierung ein stummer Wunsch blieb. Der schon oben zitierte Wirtschaftsredakteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreibt dazu Anfang April:

„Wir haben hier in Deutschland die betrieblische Tatsache, daß der deflationistische Preis- und Lohnabbau zum ungewollten Resultat noch weiteren Rückgangs der Realkaufkraft geführt hat.“

Wir können nicht verlangen, daß soviel Erkenntnis bereits in die Gehirne unserer Unternehmer gedrungen ist, sonst würden sie nicht abermals Abbau der Löhne fordern. Erstaunlich ist es allerdings, wenn die Regierung ihre Schlichter immer noch anweist, die reale Kaufkraft in Deutschland noch mehr zu zertrümmern. Trotzdem diese Politik bisher Fehlresultat über Fehlresultat erzeugt hat, wird sie fortgesetzt.

Der Wiederaufstieg der Wirtschaft in Deutschland wird immer aussichtsloser. Zerstört auf der einen Seite die Reichsregierung durch ihre Maßnahmen die Massenkraft auf das gründlichste, so wandern auf der anderen Seite deutsche Unternehmer nach dem Ausland, besonders nach England aus, um dort ihre Fabriken aufzubauen und zu produzieren. Die englische Telegraphen-Agentur Reuter meldet unter dem 30. März 1932, daß zur Zeit zweihundert deutsche Fabriken in England errichtet werden. Es hätte dieses Beweises nicht bedurft, um feststellen zu können, daß das Vaterland der Kapitalisten dort ist, wo es ihnen gut geht. „Deutsche kauft deutsche Waren“ schreit es uns von jeder Plakatsäule entgegen, und deutsche Unternehmer produziert im Ausland, das ist die Wirklichkeit. Vor etwa einem Jahr erhob die bürgerliche Presse ein mächtiges Geschrei, weil einige kommunistische Betriebsräte bei der I. G. Farbenindustrie angeblich Produktionsgeheimnisse nach Rußland verraten haben. Bei diesen kleinen Schächern griff der Staatsanwalt sofort ein. Wo ist der Staatsanwalt, der diese Unternehmer stellt, die nicht nur Produktionsgeheimnisse verraten, sondern die gesamte Produktion ins Ausland verlegen? Diese Frage zu stellen, heißt sie auch beantworten.

Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Gesetze sind für diese „Ordnung“ gemacht und es wird sich deshalb kein Staatsanwalt finden.

Aber die Arbeiterklasse hat die Aufgabe: Ausmistern! Ausmistern!

## Die empfindlichen Industriekapitäne

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat seine letzte Tagung dazu benutzt, um die „Angriffe“ zurückzuweisen, die auf dem Außerordentlichen Gewerkschaftskongreß gegen das Unternehmertum gerichtet wurden. Völlig haltlose Verdächtigungen seien gegen das industrielle Unternehmertum gerichtet worden, „die nur mit einer bewußten Aufrechterhaltung und Schürung des Klassenkampfgedankens zu erklären ist“. Der Reichsverband glaubt es nämlich zurückweisen zu müssen, daß die Industrie eine Inflation wünsche, um sich von den Schulden zu befreien. Auf demselben Niveau stände der Versuch, „aus einzelnen Vorkommnissen allgemeine Verdächtigungen gegen die kaufmännische Ehrbarkeit des Unternehmertums abzuleiten“. — Man staunt, wie empfindlich diese Leute sind. Daß nicht geringe Teile des Unternehmertums moralisch verlumpt sind, dürfte doch wohl durch die Vorkommnisse der letzten Jahre klar erwiesen sein. Die Fälle zu verallgemeinern ist den Gewerkschaften nicht eingefallen. Aber daß sie überhaupt in solchem breiten Rahmen möglich waren, gibt doch immerhin zu denken.

In einer Entschließung wurde ausgesprochen, daß eine möglichst weitgehende Förderung der deutschen Ausfuhr unter gleichzeitiger Stärkung des Binnenmarktes Platz greifen muß. Die Stärkung des Binnenmarktes bei gleichzeitiger Förderung der Ausfuhr ist in letzter Zeit des öfteren als das Kernstück einer zukünftigen Wirtschaftspolitik bezeichnet worden. Der Reichsverband hat es unterlassen hierzu näheres zu sagen. Was ist eine Stärkung des Binnenmarktes und wie soll sie herbeigeführt werden? Soll etwa die Lohnsenkungspolitik zur Stärkung des Binnenmarktes beitragen? Wir stellen uns unter Stärkung des Binnenmarktes vor, daß die Kaufkraft der breiten Masse in ganz konsequenter Weise erhöht wird. Und zwar in erster Linie durch eine mit allen Mitteln unternommene Ankerbelung des Arbeitsmarktes und zweitens durch eine Aufbesserung der Löhne und Gehälter. Etwas anderes können wir uns unter einer Stärkung des Binnenmarktes nicht vorstellen. Eine Organisation wie der Reichsverband, sollte sich aber hüten, allgemeine Phrasen zu verbreiten, sondern sich deutlicher ausdrücken, damit man weiß woran man ist.

# VERBAND UND BERUF

## Der Chemigraphentarif gilt noch bis 27. Mai

Vom Tarifausschuß für das Chemigraphie-gewerbe ist bekanntlich eine kleine Kommission eingesetzt worden mit dem Auftrag, eine Basis für den Abschluß eines neuen Tarifes zu suchen. Trotz aller Verhandlungen ist das bisher noch nicht gelungen. Die durch die 4. Notverordnung verlängerte Laufzeit des Tarifes bis zum 30. April ist nun auch um. Beim Erscheinen dieser Zeilen wären wir schon eine Woche lang ohne tarifliche Gebundenheit. Dem ist begegnet worden durch folgende

### Vereinbarung:

„Die Geltung des Tarifvertrages für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe wird bis zum 27. Mai 1932 verlängert.“

Die Tarifvertragsparteien sind sich darüber einig, daß Ferien bis zu diesem Zeitpunkt gegenseitig nicht verlangt werden können. Ordnet der Prinzipal Ferien während der Verlängerung des Tarifes an oder scheidet ein Gehilfe durch Kündigung des Prinzipals aus dem Betriebe aus, so gelten die Bestimmungen des § 9 des Tarifes.“

## Mitglied und Verband

Ein großer Verband ist natürlich nur bei einer großen Zahl von Mitgliedern möglich. Aber das einzelne Mitglied hat doch mehr als Nummer im Verbandsbuch zu sein. 1000 Verbandsbücher bedeuten 1000 angeschlossene Menschen. Aber 1000 angeschlossene Menschen, was bedeuten sie? Sie können viel und wenig bedeuten. Ihr Wert hängt von den Energien jedes einzelnen ab. 1000 Menschen, dem Verbandszugehörig, doch jeder ohne starkes persönliches Wollen: es wäre nichts als Mitgliedschaft auf dem Papier. Aber jeder der 1000 ein ganzer Kämpfer. Jeder ein bewußt gewerkschaftlicher Mensch: und Energien werden da getragen, gegen die die Zahl 1000 erblaßt.

Das Ganze hat den einzelnen zur Voraussetzung. Ein Verband braucht starke Kämpfermensch. Gemeinschaft und Persönlichkeit sind in ihrem Wesen untrennbar.

Oft werden diese beiden Begriffe falsch verstanden. Gemeinschaft, so sagen die Gegner, sei etwas Undefinierbares, Kernloses, Weichliches, ohne Charakter, Eigenart und Kraft.

Und Persönlichkeit, so meinen so manche, auch unter uns, sei Individualismus, Vereinzelung.

Beides ist falsch. Gemeinschaft kann nicht ohne Persönlichkeiten sein, und die echte Persönlichkeit wieder hat ihr Lbenselement nur in der Gemeinschaft.

Was der Kapitalismus braucht, das ist nicht die Persönlichkeit, sondern der Individualismus, der Einzelmensch mit selbstischem Denken. Er war der Mensch, wie ihn die bisherige ökonomische Entwicklung hervorgebracht hat, und nur hin und wieder reichte sich auch ein einsamer persönlicher Mensch mit unabhängigem, freiem, gemeinschaftlichem Wollen aus den Zeiten heraus.

Doch die wirtschaftliche Wende der Geschichte, die wir heute erleben, bringt auch den neuen Menschen, wie ihn die Zukunft braucht. Den freien und brüderlichen Menschen, den Menschen, der Persönlichkeit und Bruder ist.

Und der bedeutsame Prophet dieses neuen Menschums war zu Beginn des sozialen Jahrhunderts Goethe, der auch in dieser Beziehung vom Gegner zu Unrecht in Anspruch genommen wird. Wir konnten es bei den Goethefeiern erleben: die goethesche „Persönlichkeit“ wurde als bürgerliches Bildungsideal hingestellt.

Die „Persönlichkeit“ Goethes ist der persönliche Mensch der Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Wahrheit. Der Mensch, der nicht nach links und nicht nach rechts, nicht nach Nutzen und Schaden sieht. Die „Persönlichkeit“ Goethes ist der Mensch, der nichts anderem lebt als der Idee.

Der Idee leben! Unentwegt! Von der Idee getragen sein, wo man auch ist, was man auch treibt, in allem. Selbst die Idee sein!

Ist es anders möglich, als daß solch ein Mensch sich mit Gleichgestimmten verbunden fühlt? Daß er sich freudig der Gemeinschaft in solcher Idee gibt? Daß in ihm Gemeinschaft und Persönlichkeit Eines ist?

Bisher herrschten Interessen im Leben. Es gab keine bindende sittliche Kraft. Durch die Wirtschaftsordnung war die Welt zerrissen in Klassen und Gruppen, in Hoch und Niedrig, Verschwendung und Not. Da konnte weder Gemeinschaft noch Persönlichkeit sein.

Das aber ist das Große des Menschums, das da mit unserem Wirtschaftsgedanken heraufsteigt aus der Zeit, daß Mensch und Menschen sich finden, daß die Idee uns eint, daß ein Ziel der Wahrheit jedem zum freien und freudigen Kämpfer macht, der es geradezu als Bedürfnis empfin-

det, sich den Brüdern dieser Idee zu schenken, mit ihnen zusammenzustehen und ein Freier unter Gleichen, ein Bruder unter Freien zu sein.

Und darin ist die ungeheure historische Kraft des gewerkschaftlichen Kampfes begründet. Die Ethik der Geschichte ringt in ihm. Er bindet mit seiner Wirtschaftsgestaltung den sittlichen Sinn, zu dem die Entwicklung drängte durch alle Jahrhunderte.

Kampf dem Selbstischen! Kampf der Wirtschaft, die auf Selbstisches eingestellt ist! Alles für alle! Jeder frei und alle vereint als Brüder in Freiheit! Als Mitglied zugleich kämpfender Mensch! Mitgliedschaft erfüllt von Energien des Glaubens und der Wahrheit! Mitgliedschaft erfüllt vom heiligen Feuer der Idee!

Und so der Verband! Nicht von Nummern zusammengehalten, sondern durchglüht vom Glauben an höchstes Menschum! Persönlichkeiten einer Liebe! Liebe aus Millionen Herzen freudig geschenkt!

Die Gemeinschaft der Zukunft hat ihre Wurzel in der freien Seele jedes einzelnen, so wie die Gewerkschaftsbewegung zu solchem Ziele ihre Energien aus dem gewerkschaftlichen Menschum jedes Mitglieds schöpft. Dr. Gustav Hoffmann.

## Steindruckereibesitzer verstößt gegen die Devisenordnung

Die Tagespresse meldet: Vor dem Rudolstädter Schöffengericht hatte sich ein Fabrikbesitzer aus Saalfeld, Hermann Dienert, wegen Zuwiderhandlung gegen die Devisenordnung zu verantworten. Die Anklage bezog sich auf Devisenbeträge von zusammen 392 Pfund Sterling, die der Angeklagte von einer Firma in Bayern zum Kurse von 18,75 Mk. erwarb und einer Privatbank zur Schuldendeckung zur Verfügung stellte. Der Angeklagte wurde zu zwei Wochen Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt. Er will Berufung einlegen.

Herr Dienert ist Inhaber der graphischen Anstalten Wiedemann & Stange und Koch, beide in Saalfeld, und durch die Veröffentlichungen in der „Gr. Pr.“ den Kollegen etwas bekannt.

## Von den skandinavischen Bruderverbänden

In Dänemark zählte der „Litografisk Forbund“ Anfang dieses Jahres 789 Mitglieder, darunter 300 Photografeure. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind durch Tarifvertrag geregelt, der bis zum 1. Februar 1933 Gültigkeit hat. Da sich die Arbeitslosigkeit auch in Dänemark stark bemerkbar macht, erhebt der Verband einen Extrabeitrag von einer Krone pro Woche zugunsten der Arbeitslosen und gedankt damit so lange fortzufahren, wie die gegenwärtige Arbeitslosigkeit dauert.

Der „Litografisk Forbund“ von Norwegen kann mit seinen 670 Mitgliedern kaum noch auf Zuwachs rechnen, da alle Berufszugehörigen organisiert sind. — Im Durchschnitt sind etwa 15 Proz. der Mitglieder arbeitslos, in einigen Städten jedoch bis zu 25 Proz. Die große Aussparung vom vorigen Jahre, an der der Verband anfangs mit 87, später mit 80 Proz. seiner Mitglieder beteiligt war, hat einen Unterstützungsaufwand von mehr als 200 000 Kronen erfordert.

In dem größten der drei skandinavischen Länder, in Schweden, konnte der „Litograförbundet“ das neue Jahr mit 2161 Mitgliedern beginnen. Im Jahre 1931 wurden folgende Beträge an Unterstützungen ausgezahlt: an Arbeitslose 15 592 Kr.; in besonderen Notfällen 13 655 Kr.; an Kranke 64 157 Kr. und an Hinterbliebene 2412 Kr. — Selbst wenn man also die besonderen Unterstützungen auf das Konto der Arbeitslosigkeit schiebt, scheint Schweden in punkto Arbeitslosigkeit noch am günstigsten abgeschnitten zu haben; wenn man aber die Organisationsverhältnisse der drei Länder vergleichen will, muß man auch die Einwohnerzahl berücksichtigen: Norwegen zählt 2,8, Dänemark 3,4 und Schweden 6,1 Millionen Einwohner, so daß es schon glaubhaft erscheint, daß die Lithographen in Norwegen zu 100 Proz. organisiert sein müssen, um die angegebene Mitgliederzahl zu erreichen.

## Lehrlingsprüfung in Hanau

Schon des öfteren haben wir in der „Graphischen Presse“ den Modus unserer Lehrlingsprüfung geschildert, doch halten wir es immer wieder für angebracht, den sich interessierenden Kreisen unseres Berufes zu zeigen, welche Anforderungen wir an die Prüflinge stellen und welche Bedeutung im Interesse unseres Gewerbes ihr beizumessen ist.

Zur Prüfung standen in diesem Jahr zwei Lehrlinge im ersten Lehrjahr zur Zwischenprüfung, und vier Lehrlinge im vierten Lehrjahr zur Gehilfenprüfung.

Nachdem die praktischen Prüfungsarbeiten, wie alljährlich, von den vierjährigen Lehrlingen am 12. und 13. April in einem ihnen fremden Betriebe unter Beaufsichtigung der Prüfungskommission ausgeführt waren, fand am 15. April, nachmittags 2.45 Uhr die theoretische Prüfung im Hotel Riesen statt. Den Einladungen unseres Prüfungsbezirkes folgten die Herren Hülger, als Vertreter der Firma Illert & Ewald; Direktor Geisler von der Berufsschule Hanau; Gustav Groß, Kreisvertreter der Gehilfenschaft vom Verband der Lithographen und Steindruckereibesitzer am Main; Heinrich Bergmann, als Vertreter vom Ortsvorstand Hanau. Die paritätische Prüfungskommission setzte sich zusammen aus den Herren Julius Brüning in Firma Heinr. & Aug. Brüning, Vorsitzender der Prüfungskommission; Oestereich, Schriftführer; Sattler, Lithograph; Fellmann, Andrucker. Herr Julius Brüning begrüßte die Erschienenen und eröffnete sodann die theoretische Prüfung verbunden mit einer kurzen Erläuterung an die Lehrlinge, welchen Zweck und Bedeutung die Lehrlingsprüfung in unserem Gewerbe in dem vorwärtsdrängenden technischen Zeitalter für sich hat. Mit großem Interesse wurden dann von sämtlichen Anwesenden die ausgelegten praktischen Prüfungsarbeiten der Lehrlinge besichtigt und gewertet. Anfangend mit den Lehrlingen im ersten Lehrjahr begann die theoretische Prüfung. Sie lösten die gestellten Aufgaben als Zwischen- und Eignungsprüfung ziemlich gut. Von den Prüflingen im vierten Lehrjahr wurde der technische Vorgang des Gewerbes, wenn auch anfangs ängstlich und stockend, so doch in seinen Grundtendenzen in bezug auf das Auffassungsvermögen als genügend befunden. Bei den vorliegenden schriftlichen Arbeiten, über die einzelnen Sparten unseres Gewerbes, bedarf es noch manches Studiums des einzelnen, um bessere Arbeit zu liefern. Die Berufsschule und Eltern müssen eben im Sinne des zuletzt Gesagten in verschiedener Weise fördernd nachhelfen. Am Schlusse der mündlichen Prüfung hielt die Prüfungskommission eine Beratung ab, in der festgestellt wurde, daß die Prüfungsergebnisse in den Vorjahren bedeutend bessere Resultate gezeigt hätten.

Treten wir nun der Frage des heutigen Prüfungsergebnisses etwas näher und suchen die Begründung, so müssen wir feststellen, daß bei dieser Erscheinung die trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Berufe mit einer bedeutenden Rolle spielen. Die Jugendlichen wissen, daß die gegenwärtige Arbeitsmarktlage nicht alle in dem Berufe beschäftigen kann. Diese Erscheinung zeugt ganz deutlich, wie notwendig es ist, daß recht bald andere Verhältnisse eintreten müssen, die jedem jungen Menschen Zukunft und Existenzmöglichkeit bringen. Die Prüfungskommission hat deshalb nach Lage der Dinge beschlossen, es als ihre vornehmste Aufgabe zu betrachten, den Jugendlichen in dieser schweren Zeit auch weiterhin ein Berater und Helfer in beruflicher Beziehung zu sein. Anschließend gab der Vorsitzende den Prüflingen das Prüfungsergebnis bekannt. In seinen weiteren Ausführungen an die nun jetzt ins Leben tretenden jungen Gehilfen beglückwünschte er sie und ließ durchblicken, daß trotz der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse auch wieder andere Zeiten kommen würden, um sie in den Beruf wieder aufzunehmen. Es sei ihre Pflicht, weiter zu lernen und zu streben, um tüchtige Berufsarbeiter zu werden. Kollege Groß richtete ebenfalls einen Appell an die Jugend, weiter zu lernen und zu streben, um den Anforderungen der heutigen technischen Verhältnisse im Berufe gewachsen zu sein. Sieht es auch in unserem Gewerbe zur Zeit noch trostlos aus, so wollen wir doch hoffen, daß die Zeit bald wieder kommen möge, die wieder allen unseren Berufsangehörigen Stellung und gutes Auskommen bietet. Mit dem Dank der Prüfungskommission für ihre unermüdete Mitarbeit schloß der Vorsitzende den Prüfungstag.

Leider war es uns als Prüfungskommission wiederum nicht vergönnt, den jungen Gehilfen einen Lehrbrief wie er unserem Gewerbe entspricht auszuhändigen. Seit Jahren bemühen wir uns schon um diese Angelegenheit; das Tarifamt kennt nur Versprechungen und dabei bleibt es. Wir verlangen nun jetzt in aller Öffentlichkeit, daß im Interesse unserer heranwachsenden Jugend und im Interesse unseres Gewerbes, das Tarifamt mit den zuständigen Organisationen in dieser Angelegenheit endlich eingreift, damit auch den Lehrlingen unseres Gewerbes die bleibende öffentlich dokumentierte Anerkennung ihres Könnens wird, die andere Berufe und Gewerbe schon längst besitzen und die für unsere Lehrlinge als bleibendes Zeichen ihres Strebens im Berufe auch erzieherischen Wert hat. A. Oestereich.

# MANIFEST des Internationalen Gewerkschaftsbundes!

## AN DIE ARBEITER ALLER LÄNDER!

Angesichts der Weltwirtschaftskrise, die sich von Tag zu Tag verschärft und in allen Ländern mit einer Heftigkeit ohnegleichen wütet, hat der Internationale Gewerkschaftsbund, um seinen Kampf für die Arbeiterinteressen zu verstärken eine internationale Gewerkschaftskonferenz einberufen, nicht nur um die Stellung der Arbeiterschaft gegenüber den bedrohlichen Problemen festzulegen, welche die Krise aufwirft, sondern vor allem, um mit Kraft den Willen aller Gewerkschaftsorganisationen zu betonen, sich in einer gemeinsamen Aktion mit gemeinsamen Zielen zu vereinen.

Diese Konferenz wurde soeben am 16. und 17. April in Genf abgehalten und vereinigte nicht weniger als 82 Vertreter von Gewerkschaftsorganisationen aus 29 Ländern aller Erdteile. Sie war in Aussprache und Folgerungen eine imposante Manifestation der Einheit, die im Willen, den Wünschen und den Mitteln zum Handeln in allen Teilnehmerorganisationen besteht. Die Konferenz hat nicht nur den Forderungen und dem Aktionsprogramm des IGB. einmütig zugestimmt, sondern auch ausdrücklich diese Übereinstimmung und die internationale Solidarität festgestellt durch Beauftragung des Büros der Konferenz, in ihrem Namen einen Appell an alle Arbeiter der Welt zu richten zur stärkeren Vereinigung ihrer Anstrengungen und energischeren Durchsetzung der Verwirklichung jener Arbeiterforderungen, die im Programm des IGB. ihren Ausdruck finden.

Angesichts der Schwere der Krise und Arbeitslosigkeit und angesichts der Unfähigkeit des Kapitalismus zur Überwindung der Krise wird die Durchführung der vom organisierten Weltproletariat aufgezeigten und geforderten Lösungen immer dringender und gebieterischer.

Unter allen von der Konferenz geforderten Lösungen müssen die Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden, die Aufrechterhaltung der Löhne und die Steigerung der Konsumkraft der großen Massen besonders herausgehoben werden.

Im Vordergrund der sofortigen Maßnahmen muß auch ein ausgedehntes nationales und internationales Arbeitsbeschaffungsprogramm stehen, das den Millionen Arbeitslosen Arbeit zu geben vermag. Eine Organisation- und strenge Kontrolle der internationalen Kreditpolitik, verbunden mit einem unerbittlichen Kampf gegen die sinnlose Verschwendung für Rüstungen muß die nötigen Mittel für die Verwirklichung der genannten Forderungen sichern.

Zugleich muß anerkannt werden, daß die Besserung der Wirtschaftslage nicht eintreten kann, solange die schweren politischen Fragen, Reparationen und internationale Schulden, keine endgültige und befriedigende Lösung gefunden haben und die verantwortlichen Staaten nicht geneigt sind, entschlossen und unter Mithilfe der Arbeiterorganisationen den Weg einer methodischen Organisierung der großen Wirtschaftszweige und des internationalen Austausches zu beschreiten.

Diese unerläßliche Umwandlung erfordert gleichzeitig die Entwicklung des öffentlichen Einflusses auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens und der wirksamen Kontrolle durch demokratische Organe der Gemeinschaft.

Die Konferenz hat ebenfalls den einmütigen Willen betont, für alle Maßnahmen zum Schutz der Arbeitermassen und zur Erleichterung der Lage der Opfer der Krise zu kämpfen. Die Arbeitslosen müssen überall und ausnahmslos in den Genuß der Arbeitslosenversicherung kommen. Die Angriffe auf die Sozialgesetzgebung müssen energisch zurückgeschlagen werden. Die Arbeiterorganisationen müssen überall und ohne Einschränkung ihre Aktion zur Verteidigung und zum Schutze des Proletariats entwickeln können. Die Koalitions- und Meinungsfreiheit sind unter den Aktionsmitteln der Arbeiterklasse diejenigen, die jeder wahrhaften Besserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zugrunde liegen.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung erinnert die Konferenz alle Arbeiter der Welt daran, daß es mehr denn je die Pflicht aller Gewerkschaftsorganisationen ist, national und international die genannten Forderungen zu erstreben, ohne Rücksicht auf die besonderen und zeitlich bedingten Interessen der einen oder anderen.

**Dem kapitalistischen Block muss der proletarische Block entgegengesetzt werden.**

Die Parole jeder Arbeiteraktion muß lauten:

**Vereinigt euch in der gemeinsamen Aktion zur Verwirklichung der gemeinsamen Forderungen, die allein die jetzige Lage zu bessern vermögen!**

# IGB. Der Vorstandes Internationalen Gewerkschaftsbundes

## Den Toten zum Gedächtnis!

1932.

† Am 17. März in Berlin **Julius Lüder**, Steindrucker aus Stolpe-Angermünde, 75 J. alt, infolge eines Schlaganfalles, Invalide seit 3. Mai 1931. — Eingetr. in Berlin am 1. Juni 1891.

† Am 19. März in Brandenburg a. d. H. **Ernst Nippe**, Steindrucker aus Brandenburg a. d. H., 20 J. alt, an Lungengrippe, krank 7 T. — Eingetreten in Brandenburg a. d. H. am 29. März 1931 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 10. April 1927).

† Am 20. März in Hanau a. M. **Christian Zeiß**, Lithograph aus Hanau a. M., 41 J. alt, an Kopfgrippe, krank 27 Wochen. — Eingetr. in Hanau a. M. am 26. Januar 1919.

† Am 22. März in Leipzig **Wilhelm Wobst**, Lithograph aus Gruna b. Rötha, 72 J. alt, an Lungen- und Gehirnhautentzündung, Invalide seit 10. Juni 1928. — Eingetr. in Leipzig am 1. Januar 1893.

† Am 23. März in Lübeck **Wilhelm Schmidt**, Steindrucker aus Bernsdorf (Mecklbg.-Schw.), 46 J. alt, an Magenleiden (Krebs), krank 4 W. und 3 T. — Eingetr. in Kaufbeuren am 1. April 1904.

† Am 26. März in Berlin **Karl Funke**, Steindrucker aus Mühlberg a. d. E., 67 J. alt, an Herzschwäche, Invalide seit 2. Mai 1920. — Eingetreten in Berlin am 18. November 1894.

† Am 27. März in Leipzig **Gottlieb Hofmann**, Steindrucker aus Fürth i. Bayern, 64 J. alt, an Bronchialasthma, krank 18 W. — Eingetr. in Stuttgart am 1. Januar 1893.

† Am 31. März in Berlin **Albin Eichhorn**, Kartolithograph aus Halle a. d. S., 63 J. alt, plötzlich an Gehirnschlag. — Eingetr. in Berlin am 29. September 1918 (vorher Mitglied im Unterstützungsverein Senefelder seit 5. März 1914).

† Am 2. April in München **Anton Huber**, Chemigraph aus München, 64 J. alt, an Herzleiden, krank 9 W. — Eingetr. in München am 1. 1. 1893.

† Am 2. April in Offenbach a. M. **Karl Günther**, Steindrucker aus Offenbach a. M., 33 J. alt, an Lungenleiden, krank zuletzt 1 W. und 3 T. — Eingetr. in Offenbach a. M. am 28. September 1919.

† Am 2. April in Stuttgart **Paul Frech**, Xylograph aus Stuttgart-Degerloch, 22 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 14 W. — Eingetr. in Stuttgart am 15. April 1928 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 31. Januar 1926).

† Am 4. April in Hannover **Philipp Zeyher**, Steindrucker aus Speyer am Rhein, 69 J. alt, an Blasenleiden, Invalide seit 13. Februar 1929. — Eingetr. in Hannover am 1. Januar 1893.

† Am 8. April in Stuttgart **Hermann Hartmann**, Steindrucker aus Nattheim O.-A. Heidenheim, 39 J. alt, an Lungenentzündung, krank 1 W. und 3 T. — Eingetr. in Stuttgart am 29. Mai 1921 (vorher Mitglied im Verband der Schuhmacher seit 9. März 1912).

† Am 9. April in Hannover **Fritz Hegewald**, Steindrucker aus Elsterberg i. Vogtl., 50 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Heilbronn am 5. März 1905.

† Am 11. April in Dresden **Theodor Müller**, Steindrucker aus Bautzen, 64 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Dresden am 15. September 1889.

## Ehre ihrem Andenken!

*Zur gefl. Beachtung!* Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbenkarte stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Namen, Geburts- und -jahr) mitteilen. **Der Vorstandsvorsitz.**